

04.06



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Resolution zu Geschlechterfragen  
Vogelgrippe und Geflügelindustrie  
Energiegipfel verpasst Weichenstellung  
Föderalismusreform erschwert Umweltpolitik**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 12 (2006), Heft 04  
ISSN 1861-0048

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Eva Zinecker (ez)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [matthias.bauer@dnr.de](mailto:matthias.bauer@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreutzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)  
eMail: [thomas.kreutzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreutzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.  
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Es darf gefeiert werden, auch im Naturschutz!

### Liebe Leserinnen und Leser,

zum 28. Deutschen Naturschutztag in Bonn steht ein großes Jubiläum an: 100 Jahre Naturschutz als Staatsaufgabe in Deutschland. Die Einladungen nach Bonn sind gedruckt, die zahlreichen Mitwirkenden eingeladen, das Ambiente hergerichtet und auch für ein interessantes Rahmenprogramm ist gesorgt.

Der Deutsche Naturschutztag (DNT) wird am 30. Mai eingeläutet mit einem Festakt und Empfang des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) zum Jubiläum „100 Jahre Naturschutz als Staatsaufgabe“. Zu Wort kommen werden Bundeskanzlerin Angela Merkel, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, dessen Vorgänger Jürgen Trittin, der ehemalige UNEP-Direktor Klaus Töpfer, BfN-Präsident Hartmut Vogtmann und DNR-Präsident Hubert Weinzierl.

Es folgt die offizielle Eröffnungsfeier des DNT mit Bonns Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg. Traditionell wird am Eröffnungstag die Hugo-Conwentz-Medaille durch den Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) verliehen. An wen, bleibt bis zur Verleihung ein wohl gehütetes Geheimnis!

Der DNT selbst bietet wieder interessante Plenumsveranstaltungen, anregende Arbeitskreise und ein hochkarätiges Abschlussforum zum Thema „Zukunft des Naturschutzes“ mit Vertreter/innen verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen. Auf dem Podium diskutieren werden Gotthard Dobmeier, Sprecher der Umweltbeauftragten der deutschen Diözesen, Gerd Hockenberger vom Deutschen Bauernverband, der Vize-Fraktionsvorsitzende der SPD Ulrich Kelber, der neue UNEP-Direktor Achim Steiner, Christiane Underberg von der Underberg AG und Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

Im Foyer des Internationalen Kongresszentrums im Bonner Bundeshaus präsentieren sich visuelle und interaktive Ausstellungselemente.

Mit halb- und ganztägigen Exkursionen in naturschutzfachlich interessante und be-

deutsame Gebiete rund um Bonn und in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens geht der 28. Deutsche Naturschutztag zu Ende.

Die Bundesstadt Bonn hat gemeinsam mit den lokalen Naturschutzverbänden und -initiativen ein vielfältiges Begleitprogramm für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des DNT sowie für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt zusammen gestellt. Ausstellungen, Führungen, Infostände und Vorträge zeigen, dass Naturschutzarbeit auch im städtischen Raum einen festen Platz einnimmt.

Der DNT bietet also ein reichhaltiges, interessantes Programm und ist gleichzeitig eine wichtige Begegnungsstätte für Informationen, Kontakte, Gedankenaustausch und vor allem für die gegenseitige Motivation für die gemeinsame Aufgabe und Herausforderung „Naturschutz“.

Die Programmbroschüre bietet neben Organisationshinweisen auch detaillierte Informationen zu den Themen und Akteuren. Sie kann über die DNR-Geschäftsstelle in Bonn bestellt werden.

Wir freuen uns schon auf Ihren Besuch!

Ihre  
Helga Inden-Heinrich, stellv. DNR-Generalsekretärin

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Es darf gefeiert werden, auch im Naturschutz!

## 5 Verbände, Umweltbewegung

- Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne
- DNR-Zukunftskongress: Resolution zu Geschlechterfragen

## 7 Abfall, Chemie, Emissionen

- Gabriel will Müll-Tourismus stoppen
- Vergiftete Klassenzimmer
- Novelle des Fluglärmsgesetzes wurde abgeschwächt

## 8 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- DNR-Bildungsinitiative Ökolandbau schließt Pilotphase ab
- Deutschland lehnt neue EU-Ökoverordnung ab
- Geflügelindustrie verbreitet Vogelgrippe
- Proteste gegen Billig-Lebensmittel
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 11 Energie, Klima

- Energiegipfel ohne Ergebnis
- Ökostrom: BUND ruft zum Wechsel auf
- Steuern auf Bioenergie beschlossen
- Kommt die Kerosinsteuer?
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 14 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Umweltprojekte im Sport gefördert
- Föderalismusreform erschwert Umwelt- und Hochwasserschutz
- Lesenswert

## 15 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Natura 2000: Regionalisierung
- Bundesratsentscheidung: Hennen bleiben in Kleinkäfigen

## 16 Verkehr, Tourismus

- 2,3 Milliarden weniger für ÖPNV - breiter Protest
- Flughafen Berlin-Schönefeld wird gebaut
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 17 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich
- Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

## Sonderbeilage

- Newsletter „Gender Greenstreaming“: Geschlechterverhältnisse im Natur- und Umweltschutz (Mittelseiten)

### Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne

#### WTO - Weltweit Taube Ohren...

... hat die Welthandelsorganisation (WTO), wenn es um Umweltschutz und Menschenrechte geht. Während sich internationale Konzerne in neuen Märkten ausbreiten, schwächt die von der Welthandelsorganisation forcierte Liberalisierung die Wirtschaftskraft und Souveränität kleiner Länder. Die Menschen und die Umwelt haben das Nachsehen.

Bei der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Dezember 2005 wurden die Weichen für die Freihandelslokomotive WTO keineswegs in Richtung nachhaltige Entwicklung gestellt. Die Fahrt geht vielmehr weiter Richtung Liberalisierung, vor allem da, wo es den mächtigen Ländern nützt.

Auch wenn ein völliges Scheitern der Ministerkonferenz in Hongkong anders als in Cancun 2003 vermieden werden konnte, sind die Ergebnisse aus Sicht der WTO und ihrer Mitglieder sehr bescheiden. Bei keinem der Verhandlungsbereiche wurde ein Durchbruch erzielt. Die Entwicklungsländer musste vor allem im Bereich Industriegüter die Kröte einer Zollformel schlucken, die ihre Zölle stärker senkt als die der reichen Länder. Die EU erhielt für ihren Geschmack viel zu wenig für ihre Trumpfkarte, mit dem Jahr 2013 einem Datum für das Ende der Agrarexportsubventionen zugestimmt zu haben.

Immerhin gelang es den Mitgliedern einen Zeitplan für den weiteren Verlauf der Verhandlungsrunde zu vereinbaren. Bis Ende des Jahres soll ein Abkommen geschlossen werden, das dann bis Mitte 2007 von den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten ratifiziert werden kann. Eine grundsätzliche Einigung in allen Bereichen in der laufenden Verhandlungsrunde - der so genannten Entwicklungsrunde - ist für April 2006 geplant. Ob es eingehalten werden kann, ist noch offen. Klar ist jedoch, dass mit oder ohne Abschluss die Leitlinien des Welthandels nicht geändert werden hin auf das Ziel, faire und gerechte Spielregeln für das globale Handelsmopol zu vereinbaren.

Um den Welthandel gerechter zu gestalten und die Interessen der Umwelt und besonders armer Menschen zu wahren, ist eine grundlegende Neuorientierung nötig.

Im Sinne einer solchen Neuausrichtung der Prioritäten fordert Gerechtigkeit jetzt!:

#### Kein Ausverkauf der Wasserversorgung an Konzerne

Die EU fordert in den WTO-Verhandlungen zum Dienstleistungsabkommen (GATS), dass die Entwicklungsländer ihre Märkte für europäische Wasserkonzerne öffnen. Damit wird Wasser zu einer beliebigen Ware. Das darf nicht sein. Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht.

#### Demokratische Kontrolle der deutschen Welthandelspolitik

Die Öffentlichkeit und oft auch der Bundestag erfahren wenig und spät über die Verhandlungen der Bundesregierung und der EU-Kommission. Welthandelspolitik betrifft aber alle Menschen und muss daher demokratisch kontrolliert werden.

#### Umweltschutz vor Freihandel

Umweltschutz ist aus Sicht der WTO ein Handelshemmnis. Sie entscheidet im Zweifel gegen die Umwelt und für die freie Fahrt der Waren. Doch eine gesunde Umwelt ist unsere Lebensgrundlage. Umweltschutz darf nicht durch die Regeln der WTO ausgehebelt werden.

#### Ernährung weltweit sichern

Ernährung ist ein Menschenrecht. Die WTO gefährdet die Ernährungssicherheit vieler Menschen in den armen Ländern. Sie setzt auch in der Landwirtschaft einseitig auf Handelsliberalisierung. Das begünstigt die Agrarindustrie und bedroht die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die im Wettbewerb nicht mithalten kann.

#### Verhandlungen über Industriegüter, Fischerei- und Holzprodukte stoppen

Die Industrieländer wollen ihre Produkte in Entwicklungsländern billiger verkaufen können. Da stören die Zölle, die zum Schutz der noch nicht konkurrenzfähigen einheimischen Industrie und als wichtige Einnahme des Staates erhoben werden. Die Zölle abzuschaffen würde ganze Industriebereiche zerstören und Armut und Arbeitslosigkeit weiter verschlimmern.

In der WTO dominieren also die Interessen der reichen Länder; besonders die sieben mächtigsten Industrienationen haben das Sagen. 2007 findet der so genannte G8-Gipfel (weil Russland als Nummer acht dazu kommt), wieder in Deutschland statt - in Heiligendamm in der Nähe von Rostock.

#### Gerechtigkeit jetzt! - die Welthandelskampagne

... ist ein Bündnis aus derzeit 36 Entwicklungs- und Umweltschutzorganisationen, die sich gemeinsam für Gerechtigkeit im Welthandel einsetzen: internationale Menschenrechts- und Umweltschutzabkommen müssen Vorrang vor den Regeln der WTO haben. Umweltschutz muss gestärkt und darf nicht als Handelshemmnis von der WTO verboten werden.

Das Bündnis wird als Projekt des DNR geführt und ist in der Geschäftsstelle Bonn angesiedelt.

Der G8-Gipfel soll als zwar nicht legitimiertes, doch faktisch mächtiges politisches Forum genutzt werden, die politischen Forderungen des Bündnisses zu thematisieren und durch öffentlichen Druck deren Umsetzung von den G8-Teilnehmern einzufordern.

Von Mai 2006 bis zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm führt Gerechtigkeit jetzt! eine vielseitige Kampagne durch. Gemeinsam machen wir die Öffentlichkeit und die Medien auf die Missstände und auf bessere Alternativen aufmerksam: Wir bauen Großpuppen, veranstalten unfaire Fußballspiele, alternative Stadtführungen und vieles mehr.

Ab Mitte April steht unter [www.weltweit-taube-ohren.de](http://www.weltweit-taube-ohren.de) alles, was man über die Aktion wissen muss. ■

Autorin: Susanne Luithlen, Gerechtigkeit jetzt!

#### • Weitere Informationen

Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne, c/o DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 - 3681010, Fax -92399356  
eMail: [info@gerechtigkeit-jetzt.de](mailto:info@gerechtigkeit-jetzt.de)  
[www.gerechtigkeit-jetzt.de](http://www.gerechtigkeit-jetzt.de)

### Dokumentation Resolution zu Geschlechterfragen

#### Zukunftskonferenz setzt Zeichen für mehr Geschlechterdemokratie

Ein Zeichen für mehr Geschlechtergerechtigkeit setzten Experten/innen aus Natur- und Umweltschutzverbänden, politischen Netzwerken sowie aus Wissenschaft und Forschung am 17. März in Berlin. Auf der Abschlusskonferenz des vom Deutschen Naturschutzring initiierten und in Kooperation mit der Universität Lüneburg durchgeführten Projekts „Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz“ wurde eine Resolution angenommen, in der die Integration von Genderaspekten gefordert wird. Getreu dem Titel der Veranstaltung „Vielfältig sein und nachhaltig werden - natürlich geschlechtergerecht“ sprachen sich die Teilnehmenden dafür aus, in den Verbänden Geschlechterfragen in den organisatorischen Entwicklungsprozess zu integrieren und die Potenziale einer erweiterten Perspektive zu nutzen.

Wir dokumentieren im Folgenden die Resolution<sup>1</sup> im Wortlaut. (jg)

#### Integration von Genderaspekten in die Arbeitszusammenhänge von Natur- und Umweltschutzorganisationen sowie des Deutschen Naturschutzrings und seiner Mitgliedsverbände

Die Teilnehmer/innen der Abschlussveranstaltung des DNR-Projektes „Gender Greenstreaming: Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz“ haben beschlossen:

Der Deutsche Naturschutzring als Dachverband der deutschen im Natur- und Umweltschutz tätigen Verbände setzt sich im Bewusstsein seiner Verantwortung als wichtige gesellschaftliche Kraft für Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Geschlechter ein. Um im Natur- und Umweltschutz breiten Rückhalt in der gesamten Bevölkerung zu erreichen, ist in der Verbandsarbeit inhaltlich und strukturell auf die Abbildung der in der Gesellschaft vorhandenen unterschiedlichen lebens-

weltlichen Erfahrungen und auf zielgruppenadäquate Ansprache zu achten.

#### Die Tagungsteilnehmenden fordern den Deutschen Naturschutzring und seine Mitgliedsverbände deshalb auf,

- Maßnahmen zu treffen, um bei ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter/innen das Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen Umwelt-/Naturschutz und geschlechtertypischen Rollen zu schärfen;
- in den eigenen Strukturen, Leitprinzipien, Aktivitäten und inhaltlichen Arbeitsschwerpunkten dafür zu sorgen, dass Geschlechtergerechtigkeit verwirklicht wird,
- die Potenziale und Vorteile der Genderperspektive für die eigenen Verbandsarbeitszusammenhänge fruchtbar und sichtbar zu machen und in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit offensiv zu nutzen
- Gender Mainstreaming als Strategie in Organisationsentwicklungsprozessen per Beschluss umzusetzen.

Ohne Geschlechtergerechtigkeit kann das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung nicht verwirklicht werden - das ist spätestens seit der UNCED-Konferenz in Rio 1992 allgemein akzeptiert (siehe auch Kap. 24 der Agenda 21). ■

#### • Weitere Informationen

DNR-Projekt Gender Greenstreaming,  
Anja Thiem, Karin Fischer, Marion Mayer,  
Dr. Christine Katz, c/o Universität  
Lüneburg, Postfach 2440, 21314 Lüneburg  
Tel. 04131 / 677-2185, -2967  
eMail: [gendergreen@uni-lueneburg.de](mailto:gendergreen@uni-lueneburg.de)  
[www.dnr.de/dnr/projekte/projekt.php?id=13](http://www.dnr.de/dnr/projekte/projekt.php?id=13)

#### Hintergrund

Bislang ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern weder weltweit noch in Deutschland erreicht. Auch bei den meisten der mit Natur- und Umweltschutz befassten Organisationen sind die Führungsetagen vorwiegend männlich besetzt. So gibt es unter den Mitgliedsverbänden des DNR nur wenige Organisationen, die von einer Frau geleitet werden, und auch das DNR-Präsidium einschließlich seiner Ehrenmitglieder ist mit 12 Männern und 1 Frau von einer geschlechtergerechten Postenverteilung weit entfernt.

Die Vielfalt an Lebens- und Erfahrungskontexten von Männern und Frauen in den Arbeitszusammenhängen dieser Verbände nicht angemessen einzubeziehen hat jedoch Gründe und Auswirkungen, die alle angehen, die in Natur- und Umweltverbandskreisen aktiv sind:

Erstens müssen sich die Natur- und Umweltschutzverbände selbstkritisch fragen, inwieweit sie eine Organisationskultur pflegen, die Frauen und Männer gleichermaßen fördert, anspricht und integriert. Denn Geschlechtersensibilität in den Organisations- und Arbeitsstrukturen (z.B. bzgl. der Familienfreundlichkeit) wirkt sich auch auf die internen Prozesse, Praktiken und das Selbstverständnis der Verbände aus. Die Natur- und Umweltschutzverbände brauchen die Akzeptanz der gesamten Bevölkerung - von Männern und Frauen.

Zweitens besteht, neben den genannten strukturellen Gesichtspunkten, in den meisten männerdominierten Organisationen die Gefahr, dass von der männlichen Lebensrealität (die derzeit insbesondere geprägt ist von zeitintensiver Vollerwerbsarbeit) bestimmte Sichtweisen überwiegen und damit einseitig auf Problemlagen reagiert wird. Diejenigen Strategien, in denen Geschlechteraspekte konsequent berücksichtigt werden, sind in der Lage die Alltagswirklichkeit auch derjenigen Frauen und Männer einzubeziehen, die mit der Haushaltsfürsorge, mit Erziehungs- und Pflegearbeiten beschäftigt sind. [...] Gender Mainstreaming sollte deshalb als „Schlüsselinstrument“ für eine nachhaltige Gestaltung von Natur und Gesellschaft in der verbandlichen Arbeit nicht fehlen.

<sup>1</sup> Verabschiedet auf der Zukunftskonferenz - der Abschlussveranstaltung des DNR-Projektes „Gender Greenstreaming: Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz“ - am 17.03.06 in Berlin von den teilnehmenden Expert/innen aus Natur- und Umweltschutzverbänden, politischen Netzwerken sowie aus Wissenschaft und Forschung

## Gabriel will illegalen Müll-Tourismus stoppen

### Stärkere Kontrollen an den Grenzen gefordert

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel will den illegalen Müllexport nach Osteuropa stoppen. Laut einem Ministeriumssprecher strebt er strengere Grenzkontrollen und schärfere EU-Richtlinien an. Der Müll wird hauptsächlich nach Tschechien und in die Niederlande gebracht und dort entsorgt.

### 20.000 Tonnen Abfall nach Tschechien exportiert

Anlass war eine Studie des Bundeskriminalamtes (BKA), die feststellte, dass Abfälle in Osteuropa in dafür nicht zugelassene Abfallentsorgungsanlagen geschleust wurden. Nach Schätzungen der tschechischen Umweltinspektion handelt es sich um 20.000 Tonnen deutsche Abfälle, die in den letzten Monaten illegal in Tschechien entsorgt wurden. In Deutschland kostet die legale Entsorgung etwa 200 Euro pro Tonne, während die illegale Entsorgung im Ausland bereits für den halben Preis möglich ist.

### Umweltminister wollen Gesetz gegen Müllexport

Gabriel verständigte sich mit dem tschechischen Umweltminister Libor Ambrozek auf das langfristige Ziel, die Verwertung von Müll im Ausland gesetzlich zu verbieten. Ambrozek hatte die deutschen Behörden um stärkere Unterstützung gebeten und den westlichen Staaten „Öko-Dumping“ vorgeworfen. (ez) ■

#### • Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Abfall-Expertin Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19  
mobil: 0174 / 9478525  
eMail: leonhardt@duh.de  
www.duh.de

## Vergiftete Klassenzimmer

### Schulen aus 60er und 70er Jahren sind stark schadstoffbelastet

Viele deutsche Schüler sind einer hohen Schadstoffdosis ausgesetzt. Dies stellte die Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin (Igumed) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) anlässlich des 10. Frankfurter Kolloquiums Umwelt & Gesundheit fest. Besonders hoch sei die Belastung in Schulen, die in den 60er und 70er Jahren gebaut wurden. Laut Experten können dadurch gesundheitliche Beeinträchtigungen entstehen, wie etwa Allergien, Konzentrationsschwierigkeiten und Lernstörungen, aber auch das Krebsrisiko kann erhöht sein. Nachgewiesen wurden an bereits untersuchten Schulen Polychlorierte Biphenyle (PCB), Asbest, Formaldehyd und Lösungsmittel, aber auch Schimmelpilze, Erdalkalimetalle wie Barium sowie radioaktives Strontium und Zirkonium.

### 5000 Schulen betroffen

Laut Gesundheitsexperten sind etwa 5000 Schulen betroffen, die dringend einer Sanierung bedürften. Jedoch würden selbst bei einer Sanierung oft noch gesundheitsschädigende Stoffe verwendet, wie Oliver Wendenkampf vom BUND beklagte. So würden immer noch PVC-Fußböden eingesetzt, die mit hormonell wirksamen Weichmachern belastet sind, oder Computer, die bromierte Flammschutzmittel enthalten.

### Umkehrung des Beweisverfahrens gefordert

Als Konsequenz fordern Experten nun die Untersuchung der betroffenen Schulen und deren umweltfreundliche Sanierung. Bezahlt werden solle dies von der chemischen Industrie, die die Verantwortung für die Schadstoffverseuchung trage. Zudem müsse die Beweislast umgekehrt werden, fordert BUND-Experte Wendenkampf. Die Industrie solle künftig die Unbedenklichkeit ihrer Produkte nachweisen, nicht die Verbraucher, die dadurch geschädigt werden. (ez) ■

#### • Weitere Informationen

BUND, Arbeitskreis Gesundheit, Sprecher Oliver Wendenkampf, Olvenstedter Straße 10, 39108 Magdeburg  
Tel. 0391 / 5433361  
eMail: oliver.wendenkampf@bund.net

## Novelle des Fluglärmsgesetzes abgeschwächt

### Betroffenenverband will im Umweltausschuss angehört werden

Die Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) sieht in dem veränderten Entwurf zum Fluglärmsgesetz eine „starke Verschlechterung“. Zu einer Sachverständigenanhörung im Umweltausschuss am 8. Mai wurde der Verband nicht eingeladen und ruft deshalb dazu auf, Bundestagsabgeordnete von einer Beteiligung des BVF zu überzeugen.

Im Februar hatte die Bundesregierung die Novellierung des Fluglärmsgesetzes aus dem Jahr 1971 beschlossen. Das fand zwar die Zustimmung einiger Umweltverbände, der Gesetzentwurf ging aber an dem Verbänden wie dem VCD nicht weit genug. Hauptkritikpunkt waren zu hohe Grenzwerte für den Lärmschutz, wodurch gesundheitliche Beeinträchtigungen von Flughafenanwohnern in Kauf genommen würden.

### Passiver statt aktiver Schallschutz, keine Verbände-Beteiligung

Aber statt den Entwurf zu verbessern, wurde er vom Parlament aus Umweltsicht geschwächt. So monierte der BVF, dass es nur noch passiven Schallschutz geben soll, Gemeinden nicht bei der Flugroutenfestlegung beteiligt werden und keine Beteiligungsrechte für Verbände vorgesehen sind. Die geplante Novelle stehe im Widerspruch zur geltenden Rechtslage an einigen Flughäfen. Der Verband befürchtet außerdem, dass Flugbeschränkungen und Nachtflugverbote künftig nicht mehr umsetzbar seien, und fordert eine komplette Überarbeitung des Gesetzentwurfes. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF), stellv. Vorsitzender Eckhard Bock  
Tel. 030 / 6481218  
eMail: bv-fluglaerm@arcor.de  
www.fluglaerm.de

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Ulrich Kohnen, Projektleiter Flugverkehr, Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: ulrich.kohnen@vcd.org  
www.vcd.org

## **DNR-Initiative Ökolandbau schließt Pilotphase ab**

Das vorläufig letzte Seminar im Rahmen des Pilotprojektes der DNR-Bildungsinitiative fand Mitte Februar im Naturfreundehaus in Weilheim (Oberbayern) statt. 15 Teilnehmer/innen erhielten bei der gemeinsamen Veranstaltung der Naturfreunde und des DNR Informationen über die Umweltleistungen des Ökologischen Landbaus, zum Qualitätskonzept des Bio-Einzelhandels und zu den Vorzügen der Bio-Kost.

### **Nachhaltiger Konsum in Naturfreundehäusern**

Nachdem Projektleiter Edmund A. Spindler die Ziele der Bildungsinitiative vorgestellt hatte, präsentierte Peter Strobel Beispiele von Projekten zum nachhaltigen Konsum aus den 460 Naturfreundehäusern in Deutschland. Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Seminars waren die Besonderheiten der Landwirtschaft im Allgäu „im Einklang mit der Natur“. Darüber referierte der frühere Landwirtschaftsdirektor und heutige Landbau-Berater Ernst Wirthensohn. Nach seiner Aussage bleibt mit der Marke „Von Hier“ die Wertschöpfung in der Region, d. h. im 100-km-Umkreis von Kempten. In dem Einzugs- und Absatzgebiet der Marke werden jährlich 10 Millionen Euro umgesetzt.

### **Öko-Weinbau als Beitrag zur Kultur der Lebensmittelwirtschaft**

Zum Schluss der Veranstaltung gab es eine mit agrarpolitischen Informationen gespickte Weinprobe auf einem ökologischen Weingut. Der Winzer Paulin Köpfer gehört zu den Gründern des Verbandes ECOVIN. Für ihn ist Bio-Wein ein wichtiger Beitrag zum Naturschutz und zur Kultur der Lebensmittelwirtschaft. Die Evaluation zum Abschluss des Seminars ergab wieder Bestnoten für die präsentierten Inhalte und die Darstellung der Themen. Mit dieser positiven Resonanz hofft der DNR die Reihe der Veranstaltungen nun auch bald bundesweit im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau fortsetzen zu können. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## **Deutschland lehnt neue EU-Ökoverordnung ab**

### **Bundesregierung will deutsches Biolabel schützen**

Die Bundesregierung hat angekündigt, der geplanten neuen EU-Verordnung zum Ökolandbau nicht zuzustimmen. Sie hält den Entwurf für „nicht akzeptabel“. Nach Angaben der EU-Kommission sollen die neuen Regeln für den Ökolandbau einfacher werden (siehe DRB 03.06, S. 5). Umweltverbände befürchten jedoch, dass die Kriterien für Bioprodukte aufgeweicht werden und die Mitgliedstaaten oder Bioverbände bei Details nicht mehr mitreden können.

Ebenso wie die Erzeugerverbände kritisierte das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV), dass die EU ihr eigenes Label durchsetzen wolle und die strengen deutschen Biolabel nur noch eingeschränkt eingesetzt werden dürften. Nach Angaben des BMELV lehnt offenbar eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten viele Inhalte der Neuregelung ab. Der Zeitplan der Kommission sieht vor, die Verordnung bis zum Sommer 2006 zu verabschieden. Ein weiterer Kritikpunkt ist laut BMELV der eingeschränkte Geltungsbereich der Neuregelung. Die Außer-Haus-Verpflegung z. B. in Kantinen oder Restaurants wäre ebenso wenig erfasst wie Bier oder Feinbackwaren. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Dienstsitz Berlin, Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin  
Tel. 01888 / 529-3173, Fax -3179  
eMail: [pressestelle@bmelv.bund.de](mailto:pressestelle@bmelv.bund.de)  
[www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)

## **Vogelgrippe: Geflügelfabriken unter Verdacht**

### **BirdLife: Wildvögel stecken sich an infiziertem Geflügel an**

Der Vogelschutz-Dachverband BirdLife International hat die These angezweifelt, wonach Wildvögel das Vogelgrippe-Virus H5N1 verbreiten. Es sei genau umgekehrt: Das Virus, das in überfüllten Anlagen der industriellen Geflügelzucht gedeihe, springe auf Wildvögel über, diese seien also die Opfer. Dies bestätigt auch die Welternährungsorganisation (FAO). Sie konnte nach eigenen Angaben trotz weltweiter Tests das Virus nicht bei lebenden Tieren nachweisen. Alle positiv getesteten Vögel seien tot und meistens in der Nähe von Geflügelfarmen gefunden worden.

Obwohl sie dies wisse, so BirdLife, befasse sich die FAO ebenso wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kaum mit der Rolle der Geflügelindustrie. Die internationale NGO Grain, die sich für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzt, stimmte BirdLife zu. Der weltweit kaum kontrollierte Handel mit Geflügel und Futter aus sogenanntem Hühnerabfall sei hauptverantwortlich für die Verbreitung von H5N1. In dem Hühnerabfall befindet sich Kot, in dem das Virus laut WHO bis zu 35 Tage überleben kann.

### **Geflügelindustrie will Käfighaltung beibehalten**

Dennoch versucht die Geflügel-Lobby an der Massentierhaltung in Käfigen festzuhalten. In Asien hoffen die Großkonzerne mittels der Vogelgrippe sogar die konkurrierende Kleintierhaltung auszuschalten. In Deutschland haben die Bundesländer das Käfigverbot, das ab nächstem Jahr gelten sollte, wieder gekippt und dabei auch mit der Vogelgrippe und der damit verbundenen Stallpflicht argumentiert (siehe S. 16). Nach Ansicht von Naturschutz- und Öko-Anbauverbänden lässt sich eine Stallpflicht jedoch auf Dauer nicht rechtfertigen. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

BirdLife, Konstantin Kreiser, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2800830  
eMail: [konstantin.kreiser@birdlifeeco.net](mailto:konstantin.kreiser@birdlifeeco.net)  
[www.nabu.de/m05/m05\\_03/04117.html](http://www.nabu.de/m05/m05_03/04117.html)  
[www.grain.org/go/birdflu](http://www.grain.org/go/birdflu)  
[www.ftd.de/forschung/53222.html](http://www.ftd.de/forschung/53222.html)

## **„Geist ist geiler!“ - Proteste gegen Billig-Lebensmittel**

### **Discounter Lidl soll Einkaufspolitik und Arbeitsbedingungen verbessern**

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), das globalisierungskritische Netzwerk Attac, die Fair-Handelsorganisation BanaFair und die Entwicklungsorganisation Weed haben anlässlich des Unternehmertags Lebensmittel Mitte März in Köln den Discounter Lidl aufgefordert, Einkaufspolitik und Arbeitsbedingungen weitreichend zu verbessern. Lidl gilt als Vorreiter der zunehmenden „Discountierung“ des Einzelhandels.

Die Sozial- und Umweltverbände wollten der Konzernleitung rund 12.000 Protest-Unterschriften und Postkarten übergeben, aber Lidl sagte den Termin ab. Die Kritiker fordern mehr Informationen über die Herkunft der Lidl-Produkte sowie besseren Rechte für die Angestellten. Nach der anhaltenden Kritik kündigte Lidl an, Produkte aus fairem Handel und Ökolandbau ins Sortiment aufzunehmen. Das reicht den Verbänden jedoch nicht. Sie fordern eine veränderte Beschaffungspolitik für das gesamte Sortiment. Denn wer z. B. billige Bananen verkaufe, sei mit verantwortlich für die schlechten Arbeitsbedingungen auf den Bananenplantagen.

### **Möglicherweise Milchstreik geplant**

Die AbL macht Lidl als einen der Marktführer mit verantwortlich für den Milchpreisverfall und dessen Folgen. Immer mehr Höfe müssten aufgeben, weil die Milch unter den Produktionskosten verkauft werden müsse. Sollte das Preisdumping der Molkereien und Supermärkte nicht aufhören, könnte es einen Milchstreik geben, so die AbL. Die Verbände planen in einem nächsten Schritt eine Kampagne unter dem Motto „Geist ist geiler!“ Damit sollen die Verbraucher/innen über Alternativen zur Billig-Politik der Discounter und über eigene Handlungsmöglichkeiten aufgeklärt werden. (mbu) ■

### **• Weitere Informationen**

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
Tel. 02381 - 9053170, Fax -492221  
eMail: [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de)  
[www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)

## **Kurzmeldungen**

### **Letzter Teil des Gentechnikgesetzes beschlossen**

Im März hat der Bundesrat das neue Gentechnikgesetz beschlossen. Die Novelle, die bereits den Bundestag passiert hat, regelt die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Pflanzen und die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Standortregisters. Gleichzeitig verlangte die Länderkammer ein weiter gehendes Gesetz. Darin solle festgeschrieben werden, die Forschung und Anwendung der Gentechnik zu fördern. Außerdem müsse die Wahlfreiheit des Anbaus genmanipulierter Pflanzen gewährleistet sein. Umweltverbände, die Grünen, Teile der SPD und die Linkspartei stehen einem solchen Abbau von Schutzregeln ablehnend gegenüber. (mbu)  
Bundesrat, [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de)

### **Grünes Licht für Verbraucherinformationsgesetz**

Die Verbraucherminister der Länder haben dem Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes aus dem Bundesverbraucherministerium weitgehend zugestimmt. Mit dem geplanten Gesetz soll zum einen die Befugnis der Behörden, von sich aus die Öffentlichkeit zu informieren, erheblich ausgeweitet werden. Zum anderen sollen Verbraucher/innen erstmals ein bundeseinheitlich geltendes Auskunftsrecht erhalten. Außerdem soll das Gesetz eine Verpflichtung für die Strafverfolgungsbehörden enthalten, die Lebensmittelüberwachungsbehörden über die Einleitung von Ermittlungsverfahren zu informieren. Mit Spannung erwartet werden jetzt die Stellungnahmen der Interessenvertreter in den Parlaments-Anhörungen. (mbu)  
Bundesagrarministerium (BMELV), Tel. 01888 / 529-3173, [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)

### **Wirbel vor Aktionstag für gentechnikfreie Landwirtschaft**

Vor dem Aktionstag für eine gentechnikfreie Landwirtschaft Anfang März hat der Deutsche Bauernverband (DBV) seinen Mitgliedern empfohlen, mit dem Argument des Vogelgripeschutzes „lästige Demonstranten abzuschrecken“. Das interne Rundschreiben wurde vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) an die Länderministerien weitergeleitet. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hatte ihre Mitglieder aufgefordert, für eine gentechnikfreie Produkti-

on auf die Straße zu gehen. 80 Prozent aller Landwirte lehnten Gentechnik auf ihren Feldern ab, so die AbL. Laut BUND wurden im Februar bundesweit 160 Standorte mit 1.860 Hektar mit Gen-Mais bepflanzt. Etwa die Hälfte der Flächen liege in Brandenburg, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 363 Hektar und Sachsen mit 263 Hektar. Bundesweit schlossen sich inzwischen 25.000 Bauern zu 88 gentechnikfreien Zonen zusammen. Genutzt hat der Aufruf des DBV wenig: In ganz Deutschland protestierten 5.000 Menschen beim Aktionstag. (mbu)  
AbL, Hamm, Tel. 02381 / 9053170, [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)

### **Anbau von genveränderten Pharma-Pflanzen geplant**

In Deutschland sollen dieses Jahr erstmals genmanipulierte Pharma-Pflanzen im Freien angebaut werden. Die Universität Rostock hat beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) einen entsprechenden Antrag gestellt. Wissenschaftler der Uni übertrugen Gene aus dem Cholera-Bakterium und aus einem Virus, das die meist tödlich endende hämorrhagische Kaninchenkrankheit (RHD) auslöst, in Kartoffeln. Diese Kartoffeln sollen in einem Freisetzungsversuch in der Nähe von Rostock gepflanzt werden und der Herstellung von Impfstoffen gegen Cholera und RHD dienen. Das Umweltinstitut München, das die Unterlagen prüfte, forderte das BVL auf, den Antrag abzulehnen. Experten des Umweltinstituts halten es für ausgeschlossen, im Freilandversuch die Kontrolle über genveränderte Pflanzen zu behalten. Eine Auskreuzung pharmazeutischer Wirkstoffe in Nahrungspflanzen könne gravierende gesundheitliche Folgen für Menschen und Tiere haben, sagte der Leiter der Gentechnik-Abteilung des Instituts, Andreas Bauer. Sollten Medikamente in Nahrungspflanzen auf freiem Feld hergestellt werden, seien die Lebensmittelskandale der Zukunft vorprogrammiert. (mbu)  
Umweltinstitut München, Tel. 089 / 307749-14, [www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)

### **Imker befürchten, dass Honig gentechnisch verunreinigt wird**

Zahlreiche Imker in Deutschland sorgen sich um die Reinheit ihres Honigs. Der Grund: Die Fläche der Felder, auf denen genmodifizierte Pflanzen angebaut werden, wird in diesem Jahr voraussichtlich auf 2000 Hektar steigen. Vergangenes Jahr waren es nur 340 Hektar. Damit wird

es für die Imker schwieriger, diese Flächen zu meiden. Die Bienen können keine Felder mit oder ohne Gentech-Anbau unterscheiden und haben einen Aktionsradius von 30 Quadratkilometern, so viel wie die Fläche einer Großstadt. Das Problem wird bisher noch dadurch entschärft, dass es sich bei der Mehrzahl der in Deutschland angebauten Genpflanzen um Mais handelt, den Bienen nicht besonders mögen. Das Institut für Bienenkunde der Universität Hohenheim setzt auf die Bienen-schutzverordnung. Diese schreibt vor, dass in der Landwirtschaft eingesetzte Maßnahmen Bienen nicht schädigen dürfen. Die Bienenforscher fordern, dass nun auch berücksichtigt werden müsse, wie sich genveränderte Pflanzen auswirken. (mbu)

Landesanstalt für Bienenkunde, Tel. 0711 / 4592659, [www.uni-hohenheim.de](http://www.uni-hohenheim.de)

### **Gen-Exporte müssen erst ab 2012 gekennzeichnet werden**

Mitte März haben sich im brasilianischen Curitiba die 132 Mitgliedsländer des Cartagena-Protokolls zur biologischen Sicherheit auf eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte geeinigt (siehe EUR 04.06, S. 10). Bisher müssen internationale Lieferungen von Gen-Pflanzen lediglich den Hinweis tragen: „Kann gentechnisch veränderte Organismen (GVO) enthalten.“ Dies gilt nun weitere sechs Jahre, erst ab 2012 wird laut Beschluss der Konferenz die Kennzeichnung „enthält GVO“ verbindlich. Umwelt- und Verbraucherverbände kritisierten diesen langen Zeitraum. Greenpeace veröffentlichte vor Beginn der Konferenz gemeinsam mit der britischen NGO Genewatch einen Bericht, in dem 113 Kontaminationsfälle aus 39 Ländern dokumentiert sind. (mbu)

Greenpeace International, Tel. 0031 20 / 5148150, [www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org)

Der Bericht:

[www.gmcontaminationregister.org](http://www.gmcontaminationregister.org)

### **Neues Verfahren zur Holzanalyse weist Herkunftsland nach**

Der WWF hat ein Verfahren entwickelt, mit dem das Herkunftsland einer Holzprobe nachgewiesen werden kann. Anhand der Isotopenzusammensetzung des Holzes können bestimmte Regionen als Herkunftsland ausgeschlossen werden. Dies soll die weit verbreiteten Falschdeklarierungen vermeiden und Raubbau an den Urwäldern eindämmen. Behauptet ein Unternehmen, das angebotene Holz stamme

aus einer Region, in der illegaler Holzeinschlag weniger stark verbreitet ist, kann dies nun eindeutig widerlegt werden. Nach Schätzungen werden 80 % des in Deutschland vertriebenen Holzes in Regenwäldern am Amazonas, in Indonesien oder in Russland illegal gefällt. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) förderte die Entwicklung des Verfahrens mit 100.000 Euro. (ez)

WWF, Frankfurt/M., Tel.069 / 79144214, [www.wwf.de](http://www.wwf.de)



## **Lesenswert**

### **Praxishandbuch: Bioprodukte ohne Gentechnik**

In dem Buch geht es um die Frage, was Landwirte, Verbraucher und Händler tun können, um gentechnische Verunreinigungen von Öko-Lebensmitteln zu verhindern. Durch den vermehrten Einsatz der Agro-Gentechnik wird es für Bio-Unternehmer immer schwieriger sicherzustellen, dass keine genmanipulierten Organismen in ihre Produkte gelangen. Bio-Bauern und -Produzenten finden in dem Praxishandbuch Informationen über die rechtliche Situation sowie Checklisten und Entscheidungshilfen. Neben naturwissenschaftlichen Grundlagen über die Auskreuzung gibt es auch Tipps für die Kundenkommunikation oder für die Beweissicherung im Fall von Schadenersatzansprüchen. Das Praxishandbuch wurde als Loseblattsammlung vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) und dem Öko-Institut mit Unterstützung von Praktikern erstellt. Das Projekt wurde im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau durch das Bundesverbraucherministerium gefördert. (ez)

BÖLW (Hrsg.): Praxishandbuch Bioprodukte ohne Gentechnik, 400 S., 50,- Euro; Bezug und kostenloser PDF-Download: [www.bioxgen.de](http://www.bioxgen.de)



## 20 fossile Großkraftwerke und Weiterbetrieb der AKWs

### Energiegipfel endet ohne zukunftsweisendes Ergebnis

„Die Strategie der Bundesregierung ist es, möglichst viele positiv besetzte Phrasen wie Sicherheit der Energieversorgung, Investitionen in eine zukunftsfähige Stromversorgung, wettbewerbsfähige Energiepreise, Forschung und Energieeffizienz zu kommunizieren und die tatsächlichen Planungen der Energiewirtschaft weitgehend zu verschleiern.“ Mit diesen Worten kommentierte Henrik Paulitz von der Ärzteorganisation IPPNW das Gipfeltreffen von Bundesregierung und Energiewirtschaft am 3. April. „Am industrie-freundlichen Atomkonsens, der den lang-jährigen Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke und den Bau atomarer Zwischenlager möglich gemacht hat, wird derzeit natürlich nicht gerührt.“

### Investitionen gehen vor allem in fossile Großkraftwerke

Es werde leicht übersehen, dass die in den Vordergrund gerückten Investitionen für erneuerbare Energien nach Angaben der Bundesregierung nur „erwartet“ werden würden, während die Stromindustrie den Bau von „Kraftwerken und Netzen“ in der Größenordnung von 30 Milliarden Euro laut Bundesregierung konkret „angekündigt“ hat. „Wer glaubt, dass die Stromwirtschaft in den nächsten Jahren auch nur annähernd so viel Geld für erneuerbare Energien wie für fossile aus-gibt, ist schlicht naiv“, meint Paulitz.

Die IPPNW erinnerte daran, dass der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) am 4. Januar den Bau von rund 20 fossilen Großkraftwerken angekündigt hat. Dazu gehören laut VDEW „zehn größere Steinkohle-Kraftwerke“ mit Leistungen zwischen 600 und 1500 Megawatt und zwei Braunkohle-Kraftwerke mit Leistungen von 670 beziehungsweise 2100 Megawatt. „Wirklicher Klimaschutz sieht völlig anders aus“, so Paulitz.

### Weniger Mittel für Ausbau erneuerbarer Energien im Binnenland?

„Bedenklich“ ist nach Auffassung der IPPNW auch das, was die Bundesregierung konkret zum Bereich erneuerbare Energien kommuniziert: „Durch die kurzfristig geplante Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) soll darüber hinaus die Belastung der stromintensiven

Wirtschaft auf 0,05 Cent pro Kilowattstunde begrenzt (...) werden. Im nächsten Jahr wird eine Überprüfung der Vergütungssätze des EEG erfolgen“, schreibt die Bundesregierung am Tag des Energiegipfels auf ihrer Internetseite. Paulitz: „Es geht also darum, diese Gelder für den Ausbau erneuerbarer Energien im Binnenland massiv zu kürzen.“

### Hoffen auf CO<sub>2</sub>-freie Kohlekraftwerke

Anstelle einer verbrauchsnahe Gewinnung erneuerbarer Energien durch viele kleine und mittlere Unternehmen in der Fläche möchte die Bundesregierung die finanziellen Mittel auf wenige Großprojekte der großen Stromkonzerne konzentrieren: „So werden die Energieversorger Eon, RWE und Vattenfall und die Offshore-Stiftung der Deutschen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium ein Testfeld für die Windenergie in der Nordsee errichten“, heißt es auf der Website der Bundesregierung. Zugleich nährt die Regierung die Hoffnung auf vermeintlich Kohlendioxid-freie Kohlekraftwerke.

„Zusammenfassend lässt sich als Ergebnis des Gipfels feststellen: Die Atomkraftwerke werden viele Jahre weiterbetrieben. Die Stromwirtschaft darf trotz Klimakatastrophe neue fossile Großkraftwerke bauen. Die Bundesregierung kappt die Mittel für den überaus erfolgreichen Ausbau erneuerbarer Energien durch Nicht-Konzerne. Die Gelder der Steuerzahler werden weniger in heute verfügbare Technologien investiert, sondern in Testfelder und in zweifelhafte Hoffnungen“, so Paulitz. „Die großen Stromkonzerne können mit dem Gipfel zufrieden sein.“ (ez, mb) ■

### • Weitere Informationen

IPPNW - Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Energieexperte Henrik Paulitz, Körtestr. 10, 10967 Berlin  
Tel. 030 / 69-80740, Fax - 38166  
eMail: [ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de)  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

## Ökostrom meist preiswerter als angenommen

### BUND ruft zum Wechsel des Stromversorgers auf

► Erneut hat der BUND Verbraucher dazu aufgerufen, den Stromanbieter zu wechseln und künftig nur noch „grünen Strom“ zu beziehen. Im Gegensatz zu konventionellem Strom großer Energiekonzerne, der meist aus einem Energiemix aus Atom- oder Kohlestrom besteht, wird Ökostrom aus regenerativen Energiequellen gewonnen. Bundesweit bieten vier Stromerzeuger echten Ökostrom an, rund 1,5 % der Deutschen beziehen ihn bereits.

### Förderung des Ausbaus dezentraler erneuerbarer Energien

Um den Verbrauchern zu garantieren, dass ihr Anbieter auch hält, was er verspricht, hat der BUND ein Gütesiegel entwickelt. Das „Grüner-Strom-Label“ garantiert laut BUND folgendes:

- Die Kunden fördern gezielt den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energiequellen.
- Sie ebnen einer dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien den Weg, die für mehr Umweltschutz, Sicherheit, Wettbewerb und Arbeitsplätze sorgen wird.

Dem BUND zufolge ist der Wechsel einfacher und preiswerter als allgemein angenommen. Es genügt, dem Ökostromanbieter die Wahl mitzuteilen, er wird sich daraufhin um alles weitere kümmern. (ez) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Energiereferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-421, Fax -440  
eMail: [thorben.becker@bund.net](mailto:thorben.becker@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

Tabelle mit Anbietern und Preisbeispielen:  
[www.bund.net/lab/reddot2/images/content/tabelle\\_strom.JPG](http://www.bund.net/lab/reddot2/images/content/tabelle_strom.JPG)

## Steuern auf Bioenergie beschlossen

### Energiesteuergesetz soll nächstes Jahr 226 Millionen Euro bringen

Die Bundesregierung hat Mitte März den Entwurf für ein neues Energiesteuergesetz verabschiedet. Danach werden ab kommendem August Steuern auf Biodiesel und Pflanzenöl fällig. Pro Liter reinen Biodiesel erhebt der Staat dann 10 Cent Steuern, für einen Mix aus Biodiesel und fossilem Diesel sind 15 Cent geplant. Bisher sind Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer ausgenommen.

Das Gesetz soll über die Biokraftstoffe hinaus eine Grundlage zur Besteuerung aller Energieträger, also auch Kohle und Gas, schaffen. Damit setzt das Finanzministerium eine Energiesteuerrichtlinie der EU um, die den Abbau von Subventionen zum Ziel hat. Das Finanzministerium rechnet für dieses Jahr mit zusätzlichen Einnahmen von 50 Millionen Euro, im kommenden Jahr schätzungsweise mit 226 Millionen Euro.

### Kraftstoffstrategie soll folgen

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel kündigte für 2007 eine Biokraftstoffstrategie an, die neben der Besteuerung die steigende Beimischungsverpflichtung für die Industrie klären soll. Dafür erhielt er Lob von der Deutschen Energie-Agentur (Dena), die eine solche Strategie schon länger fordert, um die Abhängigkeit von Erdöl zu verringern. Allerdings kritisierte die Dena die Höhe der Biospritssteuern.

### Grüne fordern Kerosinsteuer

Umweltverbände hatten das Gesetz kontrovers diskutiert. Das Umweltbundesamt begrüßte die Besteuerung und verwies auf die „schlechte Ökobilanz“. Diese kritisierte auch das Forum Umwelt und Entwicklung (DRB 03.06, S. 9).

Dagegen bezeichnete die Bundestagsfraktion der Grünen die Besteuerung als „völlig falsche Richtungsentscheidung hin zum Erdöl“. Die Oppositionspartei warf der Regierung Vertrauensbruch vor, da das bestehende Gesetz die Steuervergünstigungen bis 2009 vorsieht. Sie forderte die Große Koalition auf, den Gesetzentwurf zu korrigieren, damit reine Biokraftstoffe eine echte Anbauperspektive bekämen. Außerdem müssten auch der Luftverkehr und eine Kerosinsteuer im Gesetz berücksichtigt werden. (mbu) ■

### Biokraftstoffe

Biodiesel wird aus Raps-, Sojaöl oder tierischen Fetten gewonnen, mit 10 Prozent Alkohol versetzt und als Dieseleratz oder Beimischung verwendet.

Ohne Alkohol kommen unbehandelte Pflanzenöle aus. Dafür muss der Motor jedoch umgerüstet werden.

Bioethanol wird vor allem aus Zuckerrüben oder Getreide gewonnen. Der Brennsprit kann bis zu einem Anteil von 85 Prozent Benzin beigemischt werden.

### • Weitere Informationen

Deutsche Energie-Agentur (dena),  
Chausseestr. 128a, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 7261656-0, Fax -99  
eMail:  
info@deutsche-energie-agentur.de  
www.deutsche-energie-agentur.de

Bündnis 90/Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 2844-20, Fax -2210  
eMail: info@gruene.de  
www.gruene-partei.de

Forum Umwelt & Entwicklung, Energieexperte Gerald Knauf, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
eMail: gerald@forumue.de  
Positionspapier: www.forumue.de

## Kommt die Kerosinsteuer?

### Deutschland strebt EU-weite Lösung für Besteuerung von Flugbenzin an

Offenbar plant Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, die steuerliche Begünstigung des Flugverkehrs gegenüber anderen Verkehrsmitteln abzubauen und Kerosin zu besteuern. Während der Beratungen zum aktuellen Subventionsbericht hieß es, er suche eine gemeinsame Lösung mit anderen EU-Staaten, um Wettbewerbsnachteile für deutsche Fluggesellschaften zu vermeiden. Der VCD lobte die Pläne für eine Kerosinsteuer.

Dadurch könnten jährlich über 4 Milliarden Euro Steuern mehr eingenommen werden. Ginge es nach dem VCD, würde dieses Geld teilweise dafür verwendet, auch in Zukunft einen funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bereitzustellen. Dieser übernehme im Gegensatz zum Fliegen auch Aufgaben der Daseinsvorsorge.

### VCD: Kerosinsteuer bringt mehr Fairness und mehr Klimaschutz

Die derzeitigen Steuerbefreiungen führen zu einer Wettbewerbsverzerrung zwischen den Verkehrsträgern, die für Flüge Dumpingpreise möglich macht, mit denen die umweltfreundlichere Bahn nicht konkurrieren kann. Mit einer Besteuerung von Kerosin gebe es neben einem faireren Wettbewerb zwischen Flugzeug und Bahn zusätzlich noch ein Instrument für mehr Klimaschutz, so der VCD. Angesichts leerer Haushaltskassen sei es „nicht mehr nachvollziehbar, dass der Flugverkehr im Gegensatz zu Straße und Schiene keine Mineralölsteuer bezahlt und damit weiterhin Steuergeschenke in Milliardenhöhe erhält“. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Ulrich Kohnen, Projektleitung Flugverkehr, Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: ulrich.kohnen@vcd.org  
www.vcd.org

## Kurzmeldungen

### Erneuerbare-Energien-Branche will 200 Milliarden Euro investieren

Die Erneuerbare-Energien-Wirtschaft hat im März für die kommenden 14 Jahre Investitionen im Umfang von 200 Milliarden Euro angekündigt. Diese Summe wollen nach eigenen Angaben die über 5.000 Unternehmen der Branche bis 2020 in Deutschland investieren. Bereits 2005 investierte die Erneuerbaren-Branche fast 9 Milliarden Euro in neue Produktionskapazitäten. Im Jahr 2010 könnten es jährlich über 12 Milliarden Euro sein, ab 2015 dann mehr als 14 Milliarden, hieß es beim Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE). Dazu seien allerdings stabile Rahmenbedingungen notwendig. Das energiepolitische Gesamtkonzept müsse daher auf dem entschlossenen Ausbau Erneuerbarer Energien basieren. Der BEE stützt sich bei seinen Prognosen auf das Ziel, bis 2020 mehr als 20 Prozent des Energieverbrauchs aus Erneuerbaren Energien zu decken. Das entspricht den Forderungen des Europäischen Parlaments für die Mitgliedstaaten der EU. (mbu) Bundesverband Erneuerbare Energie, Tel. 05252 / 939800, [www.bee-ev.de](http://www.bee-ev.de)

### Trotz Kyoto-Protokoll: Treibhausgase steigen weiter

2004 war nach Angaben der Weltwetterorganisation WMO die Konzentration von klimaschädlichen Treibhausgasen so hoch wie noch nie seit Beginn der Messungen. Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit sei inzwischen 35 Prozent mehr Kohlendioxid in der Atmosphäre. Besorgnis erregend ist auch das Tempo der Entwicklung. Im vergangenen Jahr stieg die Konzentration von Treibhausgasen um 4 Teile pro eine Million Teile Luft (ppm) auf 381 ppm. Und das obwohl 2005 das Kyoto-Protokoll in Kraft trat. Experten errechneten, dass die CO<sub>2</sub>-Konzentration im Jahr 2050 nicht höher als 450 ppm sein dürfe, damit das Grönlandeis nicht schmilzt und der Golfstrom nicht versiegt. Gehe die Entwicklung jedoch so weiter wie bisher, dürfte der Wert bei 480 ppm liegen. (mbu) WMO, Genf, Tel. 0041 22 / 7308111, [www.wmo.ch](http://www.wmo.ch)

## Lesenswert

### Warum Atomenergie nicht dem Klimaschutz dient

Wie lange reichen die Uranvorkommen noch? Warum treibt Atomkraft Entwicklungsländer in die Schuldenfalle? Wie viel Kohlendioxid setzt Atomkraft frei? Gemeinsam mit Robin Wood hat „ausgestrahlt“, eine Kampagne von BUND, Campact und X-tausendmal quer, die Broschüre „Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz!“ erstellt. Kurz und knapp werden hier die zehn wichtigsten Gründe vorgestellt, warum Atomkraft nicht das Weltklima rettet. (ez)

Regine Richter, Bettina Dannheim: Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz!, Hamburg 2006, 32 Seiten, 1,50 Euro (10 Expl. 5,- Euro, 100 Expl. 30,- Euro); Bezug: [www.ausgestrahlt.de/atom/od/form](http://www.ausgestrahlt.de/atom/od/form) Download als PDF-Datei: [www.campact.de/img/atom/AtomKlimaNetz.pdf](http://www.campact.de/img/atom/AtomKlimaNetz.pdf)

### Vor uns die Sintflut - Depeschen von der Klimafont

Ob Bergschäden in Alaska, schwimmende Eigenheime in den Niederlanden oder Schmetterlinge in Nordengland - sie alle sind Zeichen der globalen Erwärmung. In dem jetzt auf Deutsch erschienenen Buch berichtet die US-Journalistin Elizabeth Kolbert von Orten, an denen der Klimawandel bereits sichtbare Auswirkungen hat. Dazu ergänzt sie wissenschaftliche Fakten und politische Entwicklungen zum Thema und listet Erkenntnisse und Versäumnisse zum Klimaschutz auf. Vor allem die Weigerung der USA, den Ausstoß von Kohlendioxid zu reduzieren, analysiert sie detailliert. Die Autorin zitiert Regierungssprecher und Öllobbyisten und stellt die Gegner des Klimaschutzes bloß. Sie beschäftigt sich mit oft widersinnigen Argumenten aus Wirtschaft und Politik, stellt aber auch Pläne vor, mit denen sich Kohlenstoffemissionen verringern lassen. (ez) Elizabeth Kolbert: Vor uns die Sintflut - Depeschen von der Klimafont, Berlin Verlag, 2006, 208 Seiten, 19,90 Euro

■

### Förderung von Umweltprojekten im Sport

#### Sport und Umwelt sollen in Einklang gebracht werden

Sport und Umweltschutz passen nicht immer zusammen: Natursportarten wie Mountainbikefahren können Konfliktpotenzial mit Umweltschützern schüren. Und alte Sporthallen entpuppen sich oft als außerordentliche Energiefresser. Um zu zeigen, dass dies auch anders geht, fördert die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) seit 2004 Projekte, die sich mit umweltgerechtem Sport beschäftigen.

#### DBU gibt 2,5 Millionen Euro

Seit 2004 hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt bereits zwölf Projekte mit rund 860.000 Euro bewilligt. Beispielsweise wird ein Projekt gefördert, mit dem die Organisatoren ostdeutsche Vereine und Kommunen zum Energiesparen motivieren wollen. Ein gemeinsames Projekt der deutschen Sportjugend mit der Naturschutzjugend will jugendliche Sportler für das Thema Umweltschutz sensibilisieren. Insgesamt stellt die Stiftung 2,5 Millionen Euro zu Verfügung.

#### Weitere Anträge möglich

► Noch bis 2008 haben Anträge mit den Themen Natur-, Klima- und Ressourcenschutz oder Umweltkommunikation Chancen, gefördert zu werden. Wichtig für eine positive Bewertung ist laut DBU, dass die Projekte im Sport und Umweltschutz Modellcharakter haben, sich also für eine weitere, möglichst breite Anwendung eignen. (ez) ■

#### • Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt, An der Bornau 2, 49090 Osnabrück  
Tel. 0541 / 9633-520, Fax -198  
eMail: presse@dbu.de  
www.dbu.de

### Föderalismusreform erschwert Umweltpolitik

#### Naturschutzverbände: Reformpläne verhindern modernes Umweltrecht

Die Umweltverbände haben die Ministerpräsidenten der Länder für ihre Zustimmung zur geplanten Föderalismusreform Anfang März kritisiert. Vor der Sondersitzung der Länderchefs hatten DNR, BUND und NABU eine Kurskorrektur bei den Zuständigkeiten für die Umweltpolitik gefordert. Nicht nur Umweltpolitikern hatten vor den Folgen der Reform gewarnt, sondern auch Vertreter der Wirtschaft. Das neue Recht werde nicht einfacher, sondern umfangreicher und zersplitterter.

#### DNR: Rechtsunsicherheit würde Investoren abschrecken

Die Umweltverbände befürchten, dass die geplante Abweichungsgesetzgebung der Länder bisher vom Bund geregelte Mindeststandards für den Umweltschutz aufweicht. Unternehmen und Bürger würden künftig mit einer Vielfalt von Gesetzen konfrontiert, die ein und dieselbe Sache regeln. 16 verschiedene Gesetze würden auch Investoren abhalten, länderübergreifend tätig zu werden.

#### Länder sollen von Bundesrecht abweichen dürfen

Für das Umweltrecht sieht die Föderalismusreform die so genannte konkurrierende Gesetzgebung vor. Es soll zwar Bundesgesetze geben, die Länder dürfen jedoch per Landesgesetz davon abweichen. Das kann nach Ansicht der Umweltverbände zu „Umweltdumping“ und zu unsozialer Lastenabwälzung führen - beispielsweise beim Hochwasserschutz oder beim Planungsrecht. Spart sich ein Land z. B. die Mittel für vorsorgenden Hochwasserschutz, muss das Nachbarland flussabwärts möglicherweise allein die Hochwasserfolgen tragen. Bisher sorgt der Bund für Mindeststandards, die jedes Land zu Gunsten der anderen einhalten muss.

Auch für das Planungsrecht gilt künftig nicht mehr das Prinzip „Bundesrecht bricht Landesrecht“. DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen befürchtet als Folge einer solchen Parallelgesetzgebung „eine erhebliche Rechtsunsicherheit, die zu großen Hemmnissen für die deutsche Wirtschaft führen und ausländische Investoren abschrecken würde“.

#### Umweltrecht als Verhandlungsmasse

Die Umweltverbände fordern ein übersichtliches Umweltrecht, in dem die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern klar aufgeteilt sind. Kritiker der Reform sind der Auffassung, dass das Umweltrecht einem taktischen Kalkül geopfert wurde: Kompetenzverluste der Länder an anderer Stelle sollten damit ausgeglichen werden.

#### Mehr EU-Vertragsverletzungsverfahren erwartet

Aus Sicht der Verbände ist auch die Europatauglichkeit der deutschen Verfassung in Frage gestellt. Es sei zu befürchten, dass es auch in Zukunft zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren geben werde. Die Länder würden nach der Föderalismusreform ihren Umsetzungsverpflichtungen nicht besser nachkommen als bisher. Die Umweltverbände appellierten an die Politiker aller Parteien, ihre endgültige Entscheidung im Gesetzgebungsverfahren noch einmal zu überdenken. Sie hätten immer noch die Möglichkeit, die entsprechende Grundgesetzänderung zu verhindern. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: info@dnr.de  
www.dnr.de

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: info@bund.net  
www.bund.net

Naturschutzbund (NABU), Invalidenstr. 112, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84  
eMail: bv.berlin@nabu.de  
www.nabu.de

## Natura 2000: Regionalisierung

### Expertendiskussion auf DVL-Tagung

Der WWF und der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) haben im Rahmen des Projekts „Akzeptanzstrategien für Natura-2000-Gebiete“ Mitte März in Bonn eine Tagung zur Zukunft von Natura 2000 veranstaltet. Der europäische Biotopverbund, der die Artenvielfalt für nachfolgende Generationen sichern soll, nimmt bereits über 13,5 % der Fläche Deutschlands ein.

### Stärkerer Einbezug ländlicher Gebiete

Im nächsten Schritt geht es nun um die Chancen, die sich durch die Umsetzung von Natura 2000 für ländliche Gebiete und deren Bewohner ergeben. Eine Gebietsbetreuung vor Ort durch Landschaftspflegeverbände oder biologische Stationen soll künftig zwischen Behörden, Landwirten, Waldbesitzern und Naturschützern vermitteln. Landwirte und Förster sollen bei der Planung beteiligt werden. Die Pläne für die Umsetzung sollen knapp, verständlich und präzise formuliert sein. Spielräume bei der Umsetzung sollen weiter möglich bleiben.

Kommunen, Tourismus und Gewerbe sollen stärker einbezogen werden. Dazu gibt es schon regionale Bündnisse, z.B. die LEADER-Aktionsgruppen.

### Länder sollen Maßnahmen einplanen

Damit Natura 2000 tatsächlich umgesetzt werden kann, werden in den Bundesländern derzeit die Fördermaßnahmen für den ländlichen Raum für 2007 bis 2013 vorbereitet. Der Landschaftspflegeverband forderte die Länder auf, die für Natura 2000 erforderlichen Maßnahmen, insbesondere den Vertragsnaturschutz für Landwirte und Waldbesitzer, in die Länderprogramme aufzunehmen. Anderenfalls müsse Natura 2000 über Ordnungspolitik umgesetzt werden. „Das wäre für die Kooperation von Naturschutz mit der Land- und Forstwirtschaft fatal“. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL), Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach  
Tel. 0981 / 465335-40, Fax -50  
eMail: guethler@lpv.de  
www.lpv.de

## Legehennen bleiben in Kleinkäfigen

### Länder nahmen Käfigverbot für Intensivhaltung zurück

Die geplante Neufassung der so genannten Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung ist am 7. April im Bundesrat beschlossen worden. Schon zuvor gab es innerhalb der Länderregierungen eine breite Zustimmung für die Aufhebung des Kleinkäfigverbots. Die Drahtkäfige, die jedem Huhn mit 550 cm<sup>2</sup> weniger Fläche als ein DIN-A 4-Blatt bieten, sind nun noch bis 2009 legal. Nach der bisherigen Gesetzeslage sollten sie ab 2007 verboten sein. Das Verbot war von der früheren Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Grüne) durchgesetzt worden.

### Großvolieren, Stallboden- oder Freilandhaltung vorgesehen

Nach dem Künast-Gesetz sollten nur noch zwei Meter hohe Volieren, Stallboden- oder Freilandhaltung möglich sein, wobei sich neun Hennen einen Quadratmeter teilen. Allerdings sind diese Käfige nicht mehr stapelbar, da Hühnerfabriken im Durchschnitt nur 2,70 Meter hoch sind. Deswegen gab es heftige Proteste von Seiten der Agrarindustrie.

### Künasts Kompromiss: „Schrader-Villa“

Ein Kompromissvorschlag Künasts war daraufhin die so genannte Schrader-Villa, benannt nach ihrem Erfinder Lars Schrader vom Tierschutzinstitut der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft. Hier hat das einzelne Huhn doppelt soviel Platz wie in den Kleinkäfigen. Die Fächer sind 1,20 Meter hoch und haben zwei Stockwerke, so dass oben geruht werden kann und unten Platz zum Scharren bleibt.

### Geflügelindustrie will „ausgestalteten Käfig“

Die Geflügelindustrie schlug dagegen einen so genannten „ausgestalteten Käfig“ vor, wobei jedes Huhn eine Postkartengröße mehr als im Kleinkäfig zur Verfügung hat, insgesamt 750 cm<sup>2</sup> pro Huhn. Die Höhe soll künftig 50 cm betragen. Als Zugeständnis an den Tierschutz sollen Sitzstangen und Nester zur Eiablage eingebaut werden. Diese Käfige sind nun ab 2009 als Ersatz für die 550-cm<sup>2</sup>-Käfige erlaubt.

### Grüne und Tierschützer protestieren

Die Vorsitzende des Agrarausschusses im Bundestag, Bärbel Höhn (Grüne), bezeichnete die Entscheidung als „unsäglich“. Auch in den neuen Kleinkäfigen könnten die Hühner weder flattern noch sich aufbäumen. „Eine derartige Haltung ist nicht tierschutzgerecht“, kritisierte die frühere NRW-Landwirtschaftsministerin. Auch der Deutsche Tierschutzbund und weitere Tier- und Naturschutzverbände hatten wiederholt an die Länder appelliert, nicht von dem Verbot der Käfighaltung abzurücken. Der Tierschutzbund verwies darauf, dass seit vier Jahren der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz steht. Dies werde mit der neuen Verordnung konterkariert.

### Nachfrage nicht vorhanden

Nach Meinung von Undine Kurth, tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen, gibt es für das „Käfig-Ei“ gar keine Nachfrage von Seiten der Verbraucher/innen: 35 Prozent aller Freiland-Eier müssten derzeit importiert werden, vor allem aus den Niederlanden. Auch Großkonzerne wie McDonald's oder Aldi-Nord hätten sich bereits gegen Eier aus Käfighaltung entschieden. Allerdings werden Käfigeier weiter „unsichtbar“ in Fertigprodukten wie Rührkuchen oder Nudeln vermarktet. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Tierschutzbund, Baumschulallee 15, 53115 Bonn  
Tel. 0228 / 60496-0, Fax -41  
eMail: presse@tierschutzbund.de  
www.tierschutzbund.de

## 2,3 Milliarden Euro weniger für Nahverkehr

### Städtebund und Umweltverbände: ÖPNV-Kürzungen zurücknehmen

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat die Pläne der Bundesregierung, weitere Kürzungen im Nahverkehr vorzunehmen, scharf kritisiert. Er fordert die Rücknahme der Kürzungspläne, da die Folgen verkehrs- und umweltpolitisch nicht zu verantworten seien. Vorgesehen ist, dass die Länder bis 2010 rund 2,3 Milliarden Euro weniger vom Bund erhalten.

### Vor allem Landbevölkerung betroffen

Von den Kürzungen wären vor allem die Bewohner in ländlichen Regionen betroffen. Dort käme es zu einer dramatischen Ausdünnung des Schienenverkehrs, stellte der Hauptgeschäftsführer des Städtebundes Gerd Landsberg fest. Da die Arbeitsmarktsituation in ländlichen Gebieten sowieso meist sehr schlecht sei, wäre aber gerade dort Mobilität von Nöten. Deshalb sei ein gutes Angebot des Nahverkehrs für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte unerlässlich. Das gelte umso mehr, weil auch die Pendlerpauschale gekürzt werde.

### Falsches Signal für Klimaschutz

Laut dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen würde bereits ein Prozent weniger Fahrten im öffentlichen Nahverkehr zu einem Anstieg von rund 400 Millionen Fahrzeugkilometern mit Privatautos pro Jahr führen. Daher seien die Kürzungen ein falsches Signal für den Klimaschutz. Das schade auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), Marienstr. 6, 12207 Berlin  
Tel. 030 / 7730-7, Fax -7200  
eMail: dstgb@dstgb.de  
www.dstgb.de

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
www.vcd.org

## Flughafen Berlin-Brandenburg International wird gebaut

### Richter verordnen mehr Lärmschutz und Nachtflugverbot

Der neue Hauptstadtflughafen Berlin Brandenburg International (BBI) darf gebaut werden. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht Mitte März in Leipzig. Die Ausführung des zwei Milliarden teuren Projekts ist jedoch an Auflagen gebunden. Insbesondere müssen dem Urteil zu Folge zusätzliche Maßnahmen für den Lärmschutz erfolgen. Das bedeutet vor allem ein weitgehendes Nachtflugverbot in der Kernzeit von 0.00 bis 5.00 Uhr. Der passive Schallschutz (z. B. Fenster) muss über den bisher geplanten Umfang hinaus ausgebaut werden. Das Gebiet, in dem Ansprüche für Entschädigungen geltend gemacht werden, wurde erweitert.

Um das Nachtflugverbot in der nächtlichen Kernzeit und die Einschränkungen in den so genannten Randzeiten von 22.00 bis 24.00 und von 5.00 bis 6.00 Uhr wird unterdessen weiter gestritten. Die Flughafenbetreiber fordern das Verbot aufzuheben, weil sie wirtschaftliche Nachteile befürchten. Die Gegner setzen darauf, dass mit den Einschränkungen das Flughafenkonzept insgesamt gescheitert ist. Die Klägeranwälte erwogen auch eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht.

### Kläger wollten weniger dicht besiedelten Standort

Etwa 4000 Anwohner hatten gegen den Ausbau des Flughafens in Schönefeld geklagt. Sie monierten vor allem die „politische Standortwahl“ und mangelnden Lärmschutz in der Planung des Landes Brandenburg. Sie halten den Flughafen BBI zudem für überdimensioniert. Die Leipziger Richter wählten Musterklagen aus und urteilten in letzter Instanz.

Der drittgrößte deutsche Flughafen soll auf dem Gelände des früheren DDR-Zentralflughafens Schönefeld entstehen. Die Eröffnung ist für Ende 2011 geplant. Der Airport ist für eine Kapazität von jährlich 22 Millionen Passagieren ausgelegt. Die innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempelhof sollen dann geschlossen werden. Die Kläger favorisierten den Standort Sperenberg (Kreis Teltow-Fläming), da dort weniger Menschen vom Lärm betroffen wären.

Der Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB), der die Gegner des Ausbaus vertritt, rechnet mit höheren Kosten als bisher geplant. Nach eigenen Angaben liegen dem BVBB Dokumente vor, wonach die Investitionen für den Bau nicht 2,3 Milliarden Euro, sondern 3 Milliarden betragen. Dafür und für die Auflagen zum Schutz der Kläger müssen nach Einschätzung des BVBB die Steuerzahler aufkommen, da die Flughafenbetreiber diese finanzielle Belastung nicht allein tragen könnten. Der Bürgerverein geht außerdem davon aus, dass durch die Schließung der innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempelhof 30 Prozent der Flughafen-Arbeitsplätze in der Region verloren gehen.

### Berliner Bürgerinitiative hofft auf rasche Schließung der Stadtflughäfen

Die Berliner „Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz auf Stadtflughäfen“ reagierte dagegen erleichtert auf die Entscheidung des Leipziger Gerichts. Die BI hofft nun, dass die Flughäfen Tegel und Tempelhof zügig geschlossen werden. Der Nachtflugverkehr solle bald aus der Innenstadt nach Schönefeld verlagert werden, das für Tegel geplante Terminal für 2,5 Millionen Passagiere könne gleich auf dem künftigen Flughafen BBI gebaut werden. Außerdem müsse der Flugverkehr mit Maschinen über 70 Tonnen Startgewicht aus der Stadt verlagert werden, um das Gefahrenpotenzial im Berliner Norden zu verringern, so die BI. Gleichzeitig appellierte die BI an die Flughafenbetreiber, mit den Schönefelder Anwohnern „menschenfreundlicher umzugehen als dies in Tegel und Tempelhof der Fall war“. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB), Heinrich-Heine-Str. 3-5, 15831 Mahlow  
Tel. 03379 / 2014-34, Fax -35  
eMail: zentrale@bvbb-ev.de  
www.bvbb-ev.de

Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz, Berenhorststr. 5, 13403 Berlin  
Tel. 030 / 413-8307, Fax -8478  
eMail: bigegendasluftkreuz@t-online.de  
www.bigegendasluftkreuz.homepage.t-online.de

## Kurzmeldungen

### **Bundesrechnungshof hält Börsengang der Bahn AG für riskant**

Der geplante Börsengang der Deutschen Bahn AG (DB AG) birgt nach Ansicht des Bundesrechnungshofes „erhebliche Risiken“ und könne zu Fehlentwicklungen führen. Der Rechnungshof bemängelte unter anderem, dass die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Börsengang Zuschüsse von jährlich 2,5 Milliarden Euro für den Erhalt des Bestandnetzes gewähren wolle, ohne dass eine Beteiligung oder Mitfinanzierung der DB AG vorgesehen sei. Außerdem wolle die DB AG Höhe und Dauer der jährlichen Zuschüsse „unumkehrbar“ festlegen lassen, um ihre Kapitalmarktfähigkeit zu sichern. Damit würde die Entscheidungsfreiheit des Parlaments als Haushaltsgesetzgeber weiter eingeschränkt, so der Rechnungshof. Das Kontrollgremium empfahl der Regierung, das Parlament über alle finanziellen Vorteile zu informieren, die die DB AG seit der Bahnreform erhalten hat. (mbu)  
Bundesrechnungshof, Bonn, Tel. 01888 / 77211030, [www.bundesrechnungshof.de](http://www.bundesrechnungshof.de)

### **Flugverkehr wird sich bis 2020 verdoppeln - dann wird Öl knapp**

In den kommenden Jahren wird der Flugverkehr pro Jahr um rund fünf Prozent zunehmen. Prognosen gehen davon aus, dass sich die Zahl der Fluggäste bis 2020 auf ungefähr 300 Millionen verdoppelt. Im vergangenen Jahr starteten und landeten 165 Millionen Passagiere. Allein für den geplanten Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) rechnet man mit einer Steigerung der Zahl von heute rund 17 Millionen Passagieren auf 22 Millionen im Jahr 2011. Die Bürgerinitiativen schätzen, dass am BBI später 30 Millionen Menschen starten und landen. Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sieht in den nächsten 15 Jahren keine Bremse, die den Anstieg nennenswert verlangsamen könnte. Erst nach 2020 könnte eine neue Epoche beginnen. Dann werde Öl so knapp und teuer sein, dass auch der Flugverkehr seinen Höhepunkt überschreiten dürfte. (mbu)  
Quelle: taz, 17.03.2006

## Lesenswert

### **Informations-Portal für zukunftsfähigen Tourismus**

Das Internet-Portal [www.zukunft-reisen.de](http://www.zukunft-reisen.de) will Verbraucher/innen besser über umwelt- und sozialverträgliches Reisen informieren und die Suche nach Angeboten erleichtern. Der Verein Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.) sammelte dafür rund 100 Links auf Internetseiten von Anbietern, Organisationen und Institutionen, die Informationen rund um umweltgerechtes und sozialverantwortliches Reisen liefern. Die Hinweise betreffen Reisevorbereitung, Unterkünfte, umweltverträgliche Mobilitätsangebote, Freizeitaktivitäten und Qualitätsauszeichnungen für besonders umweltgerechte Anbieter. Die wichtigsten Informationsquellen sind auch in einer 20-seitigen Begleitbroschüre enthalten. Das Internetportal ist Teil des Projekts „Nachhaltigen Tourismus als Zukunftsperspektive fördern“, das vom Bundesumweltministerium gefördert wird. (mbu)  
[www.zukunft-reisen.de](http://www.zukunft-reisen.de)

### **Planungshilfe: Reisen in Deutschland mit Bahn und Bus**

Eine Planungshilfe für Verbraucher/innen, die ihre Urlaubsreise in Deutschland umweltverträglich gestalten wollen, hat der Verkehrsclub Deutschland (VCD) anlässlich der Internationalen Tourismusbörse (ITB) im März in Berlin vorgestellt. In dem Reisehandbuch „Mobil im Urlaub - Reise lust Deutschland“ werden Regionen vorgestellt, die besonders gut mit Bus und Bahn zu erreichen sind. Neben detaillierten Reiseinformationen für Fahrradfahrer, Wanderer, Wasserbegeisterte, Kulturinteressierte und Erholungssuchende, wie etwa Hinweise zur Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, bietet das Handbuch auch Pauschalangebote und Ermäßigungen. Mit dem Projekt will der Umwelt- und Verbraucherverband VCD die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage für Urlaub ohne Auto schließen und zielgruppengerechte Reisealternativen aufzeigen. (ez)  
Mobil im Urlaub, 48 Seiten, 2,50 Euro; Hrsg./Bezug: VCD, Tel. 02962-845865, Fax -800155, eMail: [bestellung@vcd.org](mailto:bestellung@vcd.org)

## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) an.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

## April

18.-21.4., Strausberg bei Berlin

### Gentechnik-freie Tage

BUNDjugend, Potsdam  
Tel. 0331 / 9511971

[info@bundjugend-brandenburg.de](mailto:info@bundjugend-brandenburg.de)  
[www.bundjugend-brandenburg.de](http://www.bundjugend-brandenburg.de)

20.-23.4., Berlin

### YES'06 - Jugendkonferenz für Erneuerbare Energien

Jugendbündnis Zukunftsenergie  
Tel. 030 / 275865-84, Fax -5  
[presse@bundjugend.de](mailto:presse@bundjugend.de)  
[www.yes2006.de](http://www.yes2006.de)

24.4., München

### 20 Jahre Tschernobyl - Aufbruch ins Solarzeitalter?

Förderverein Ökologische Steuerreform  
Tel. 089 / 520113-13, Fax -14  
[foes@foes.de](mailto:foes@foes.de)  
[www.foes.de](http://www.foes.de)

24./25.4., Berlin

### Tschernobyl 1986-2006 - Erfahrungen für die Zukunft

BMU/FFU  
Tel. 030 / 8385-4494, Fax -6685  
[contact@tschernobyl2006.de](mailto:contact@tschernobyl2006.de)  
[www.fu-berlin.de/ffu](http://www.fu-berlin.de/ffu)

24.4., Neumünster

### Klimaschutz als kommunale Aufgabe - Möglichkeiten und Beispiele

Akademie für Natur und Umwelt  
Tel. 04321 / 9071-44, Fax -32  
[anmeldung@umweltakademie-sh.de](mailto:anmeldung@umweltakademie-sh.de)  
[www.umwelt.landsh.server.de/servlet/is/67255](http://www.umwelt.landsh.server.de/servlet/is/67255)

25.4., weltweit

### Internationaler Tag gegen Lärm - Noise Awareness Day

Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung  
Tel. 030 / 3142-2761, Fax -5135  
[brigitte.schulte-fortkamp@tu-berlin.de](mailto:brigitte.schulte-fortkamp@tu-berlin.de)  
[www.tag-gegen-laerm.de](http://www.tag-gegen-laerm.de)

27.-29.4., Wilhelmshaven

### Geographie der Meere und Küsten

Jahrestagung; Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung (NIhK)  
Tel. 04421 / 915-0, Fax -110  
[janssen@nihk.de](mailto:janssen@nihk.de)  
[www.nihk.de/index.php?id=196](http://www.nihk.de/index.php?id=196)

28.4., Hannover

### Zum ökonomischen Wert des Naturschutzes

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
[info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

28.-30.4., Feuchtwangen (Mittelfranken)

### 3. Bundestreffen der Regionalbewegung

Bundesverband der Regionalbewegung  
Tel. 09852 - 1381, Fax 09852 - 615291  
[bund-sued@tag-der-regionen.de](mailto:bund-sued@tag-der-regionen.de)  
[www.tag-der-regionen.de/](http://www.tag-der-regionen.de/)

29.4., Dessau

### Der Klimawandel findet statt - Was kosten die Schäden?

Ev. Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg  
Tel. 03491-49880 Fax -400706  
[ev-akademie-wittenberg@t-online.de](mailto:ev-akademie-wittenberg@t-online.de)  
[www.ev-akademie-wittenberg.de](http://www.ev-akademie-wittenberg.de)

## Mai

4./5.05., Leipzig

### Luftreinhaltung durch Emissionshandel

Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt  
Tel. 035202 / 588-22, Fax -44  
[hans-joachim.gericke@lanu.smul.sachsen.de](mailto:hans-joachim.gericke@lanu.smul.sachsen.de)  
[www.saechsische-landesstiftung.de](http://www.saechsische-landesstiftung.de)

4.-6. 5., Wien

### Climate needs - local answers

Klima-Bündnis e.V., Frankfurt/M.  
Tel. 069 / 717139-0, Fax -93  
[europe@klimabuendnis.org](mailto:europe@klimabuendnis.org)  
[www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)

8.-12.5., Stralsund (Vorpommern)

### Marine Nature Conservation Europe 2006

Kongress; Bundesamt für Naturschutz  
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200  
[presse@bfn.de](mailto:presse@bfn.de)  
[www.bfn.de](http://www.bfn.de)

8.-10.5., Berlin

### Feinstaub in der Stadt - Was taugen verkehrspolitische Steuerungsinstrumente?

Deutsches Institut für Urbanistik  
Tel. 030 / 390012-59, Fax -68  
[hackenberg@difu.de](mailto:hackenberg@difu.de)  
[www.difu.de](http://www.difu.de)

9./10.5., Karlsruhe

### Schadstoffregister: Vom EPER zum PRTR

UBA und Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW)  
Tel. 0721 / 56002-259, Fax -339  
[gabriel.striegel@lubw.bwl.de](mailto:gabriel.striegel@lubw.bwl.de)  
[www.eper.de](http://www.eper.de) und [www.prtr.de](http://www.prtr.de)

11./12.5.2006, München

### B.A.U.M.-Umweltpreis 2006

Preisverleihung; B.A.U.M. e.V., Hamburg  
Tel. 040 / 490711-00, Fax -99  
[tagung2006@baumev.de](mailto:tagung2006@baumev.de)  
[www.baumev.de](http://www.baumev.de)

11.5., Stuttgart

### Die ZTV Baumpflege 2006 - Wichtige Neuerungen

Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung (FLL), Bonn  
Tel. 0228 / 6900-28, Fax -29  
[j.rohrbach@fll.de](mailto:j.rohrbach@fll.de)  
[www.fll.de](http://www.fll.de)

16.5, Köln

### Wasserwirtschaftliche Partizipationsprozesse auf kommunaler Ebene

Seminar; DWA-Arbeitsgruppe WRRL, Brigitte Krämer  
Tel. 02242 / 872 -207, Fax -135  
[kraemer@dwa.de](mailto:kraemer@dwa.de)  
[www.dwa.de](http://www.dwa.de)

17./18.5., Berlin

**Seminar: Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung**

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Klaus Meier  
Tel. 030 / 44310145  
meier@rosalux.de  
www.rosalux.de?id=11200

30.5.-2.6., Bonn

**28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Von lokalem Handeln und globaler Verantwortung -**

**100 Jahre staatlicher Naturschutz**  
Fachkongress; Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen  
DNR, Helga Inden-Heinrich  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
helga.inden-heinrich@dnr.de  
Organisation: BBN, Anne-Christine Becker  
Tel. 0228 / 8491116  
anne-christine.becker@bfn.de  
www.bbn-online.de/?id=43

31.5. - 1.6., Tutzing

**Nachhaltig erfolgreich - Strategien für die Zukunft der Umweltbildung**

Bundesverband TuWas e.V., München  
Tel. 089 / 599467-70, Fax -71  
info@tuwas.net  
www.tuwas.net

**Juni**

5.6., Halle/S.

**Kreislaufwirtschaft total - Wege aus der Umweltkrise**

Umwelttagung; Bürgerbewegung für Kryo-Recycling und Kreislaufwirtschaft e.V.  
Tel. 0209 / 35976230  
kryo@gmx.de  
www.total-recycling.org

7.-10.6., Wuppertal/Remscheid/Solingen

**Freiräume regional: Von der Zwischenstadt zur Gartenregion**

Konferenz; Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur (DGGL), Berlin  
Tel. 030 / 78713613  
bund@dggl.org  
www.dggl.org  
(ez, mb) ■

**Regelmäßige Umweltsendungen**

**Sendeplätze in Radio und Fernsehen**  
Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an. Diese Liste (mit allen Links) gibt es auch im Internet: www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

**TV-Vorschau**

**„Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“**  
Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

**Vier-Wochen-Vorschau Natur**

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur  
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

**Fernsehsendungen**

**Terra Nova**  
Spartenkanal für Naturfilme  
www.terra-nova.tv

**ZDF.umwelt**  
So 13.15-13.45, ZDF  
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

**Arte-Umweltsendungen**  
u.a. Di 14.45 Hippokrates (Gesundheit), Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO  
www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html („Die Sendungen“ und „Natur & Umwelt“)

**Ozon**  
Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)  
www.rbb-online.de/ozon

**Unser Land**  
Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

**Unkraut**  
Umweltsendung für junge Leute  
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)  
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

**Löwenzahn**  
Natur, Umwelt und Technik für Kinder  
Sa, 9.10-9.35, ZDF  
www tivi.de/loewenzahn

**Rundfunksendungen**

**Umwelt und Verbraucher**  
Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk  
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/ („Archiv“)

**Natur+Technik**  
Fr 17.05-18.00, HR 2 (Hessischer Rundfunk)  
www.hr-online.de/website/radio/hr2/?rubrik=2902  
www.hr-online.de/website/specials/wissen/?rubrik=6564

**SWR-Umweltsendungen**  
Verschiedene Sendepunkte, SWR (Südwestrundfunk)  
www.swr.de/ratgeber/essen  
www.swr.de/rasthaus/archiv/umwelt

**Greenpeace Radio Freiburg**  
alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
www.rdl.de/programm.html

**Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim**  
Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
www.rdl.de/programm.html

**Radio Rainbow**  
Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)  
http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm

**Greenpeace-Radio Stuttgart**  
3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)  
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

**Graslöwen Radio**  
So 14.00-15.00, Radijojo!, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de) Internet (mit FlashPlugin 6): www.radijojo.de  
www.grasloewe.de  
(mb) ■

## Information und fachlicher Austausch

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 370.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hilfe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hilfe)  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umwelt](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umwelt)

### Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.  
[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### „Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.  
[www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net)  
 (mb) ■

## EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Gentechnik und Biodiversität	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):  
[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“)

## Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

### Der Dachverband der europäischen Naturschutz- und Umweltverbände

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das Europäische Umweltbüro arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen in die gesamte EU-Politik ("Article 6 Watch<sup>2</sup>")
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>3</sup>-Programm, aktuelle EU-Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Städtische Umwelt

- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau eines Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, EU-Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u.a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik, Bodenschutz u.a.)
- Abfall (Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus

Außerdem arbeitet das EEB zu folgenden Themen: Richtlinie zur integrierten Vermeidung von Umweltverschmutzung (IPPC), Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung SEA, EU-Nachhaltigkeitsstrategie, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Landwirtschaft <sup>4</sup> , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

2 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

3 „Clean air for Europe“ - „Saubere Luft für Europa“

4 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuisen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuisen@snn.nl

## Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

### Editorial

- Verheugen verrät EU an Konzerne

### Global

- Weltbank: Neue Ethik-Richtlinien
- Newsticker

### EU-Politik, Recht

- Umweltrat: Luftgüte, Gentechnik, Hochwasser
- Verbände kritisieren Entwurf zur Unternehmensverantwortung
- Newsticker

### Abfall, Produktpolitik

- Urteil zu Mülltransporten
- Elektrogeräte: Firmen wollen Sonderregeln durchsetzen
- Newsticker

### Agrarpolitik, Gentechnik

- Genmais 1507 genehmigt
- EU-Zulassungsverfahren für Gen-Produkte in der Kritik
- Kennzeichnungspflicht für Gentech-Exporte erst ab 2012
- Newsticker

### Chemikalien, Emissionen

- REACH: Erste Lesung abgeschlossen
- REACH auch ökonomisch sinnvoll
- Probedurchlauf für REACH
- Quecksilber-Resolution des EU-Parlaments
- Newsticker

### Energie, Klima

- Grünbuch Energiepolitik enttäuscht Umweltverbände
- Steuer auf Flugtickets in Frankreich
- Eine Million Unterschriften gegen Atomenergie
- Newsticker

### Naturschutz, Biodiversität

- EU-Gelder gefährden Artenvielfalt
- PEBLDS-Konferenz: EU-Biodiversitätsziel gefährdet
- Vogelgrippe: Verbreitung durch Geflügelindustrie
- Newsticker

### Verkehr, Tourismus

- Straßensicherheits-Aktionsprogramm ohne durchgreifende Wirkung
- Verkehrs-Energieverbrauch zu hoch
- Deutscher Vorstoß zur EURO-5-Norm
- Newsticker

### Wasser, Meere

- 4. Weltwasserforum: Schwingt das Privatisierung-Pendel zurück?
- Neue Badegewässer-Richtlinie
- Debatte über Grundwasser-Richtlinie
- Aktionsplan zur Rettung der Ostsee
- Hilfe für die Fischereiflotte
- Newsticker

### Service

- Internetseite vernetzt junge Umweltschützer/innen
- Hintergrundinformationen zu den Tagesordnungen der EU-Ministerräte
- EU-Umwelt-Termine

### Sonderheft

- EUR-Sonderheft: Gentechnik und Biodiversität (separate Heftung)

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb) („Bisherige Ausgaben“).

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationssdienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de)

## Deutschland-Rundbrief im Internet

### [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

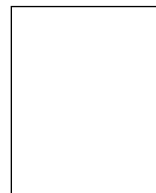
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Bankleitzahl:  
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin